

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 1.50 Mk.
ohne Postbestellgebühr. Nur Post-
bestellung. Bestellungen bei allen Postan-
stalten. Geschäftsstelle Berlin S. 55,
Urbanstr. 63 I. Fernr.: Wpbt 0653.

Anzeigenpreis
die dreizehnpennige Zeile 60 Pf.,
für Verbandsmitglieder 80 Pf.,
Stellenangebote 90 Pf., Veramm-
lungsanzeigen 10 Pf. Der An-
zeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 7.

Berlin, den 9. Februar 1919.

35. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Dieserigen Zahlstellen und Gawe, die eine Abrechnung für das 4. Quartal noch nicht an die Verbandskasse eingekandt haben, werden ersucht, unverzüglich das Veräumte nachzuholen.

Der Verbandsvorstand.

Glatte Ablehnung unserer Forderungen!

Das ist mit dürren Worten das Resultat der gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern der Unternehmer, die am 29. und 30. Januar in Leipzig stattfand. „Wir dürfen durch weitere Lohnsteigerungen die Ruhe und Ordnung in unseren Betrieben nicht gefährden! Wir dürfen durch die Verteuerung unserer Erzeugnisse die Auftragserteilung durch die Verleger im Interesse der großen Zahl der Arbeitslosen nicht behindern! Wir dürfen nicht an weitere Lohnsteigerungen, sondern viel eher an einen Abbau der Löhne denken!“ Das waren die Motive, die die Unternehmer zu ihrem vollständig ablehnenden Beschluß veranlaßten. — An der gemeinschaftlichen Sitzung nahmen außer den Vertretern der Unternehmer aus Berlin, Leipzig, Stuttgart und München noch teil je ein Vertreter der Firma Weber in Schleiz u. Löwenthal in Bries, sowie ein Vertreter der Leipziger Kartonnagenfabrikanten. Von unserem Verband waren anwesend Vertreter des Tarifamts, der Tarifkommissionen Berlin, Leipzig, Stuttgart und München, Verbandsvorstand und Redaktion, sowie der größte Teil unserer Gauleiter.

Die Verhandlungen befaßten sich zunächst mit der endgültigen Regelung der regelmäßigen Arbeitszeit. Dazu hatte der Verband deutscher Buchbinderbesitzer die Rückgängigmachung des Beschlusses vom 28. und 29. November vorigen Jahres beantragt, der die 46 stündige Arbeitszeit festlegte. Diese 46 stündige Arbeitszeit war — wie auch aus dem Bericht in Nr. 50 der „Buchbinder-Zeitung“ hervorgeht — infolge der damaligen Verkehrsschwierigkeiten von einer nur schwach besetzten Versammlung gefaßt worden. Jetzt erhoben vor allem die damals nicht vertretenen Orte gegen den Beschluß Protest, da er infolge der schwachen Besetzung und auch aus anderen Gründen nicht als ordnungsgemäß gefaßt angesehen werden könne. Das Geseh schreibe die 48 stündige Arbeitswoche vor und es wurde angedroht, daß man sich dem Beschlusse nicht unterordnen, evtl. auch das Arbeitsministerium als Schiedsinstanz anrufen wolle. All diesen Ausführungen wurden die Einwände unserer Vertreter entgegengesetzt, die unter allen Umständen an dem einmal gefaßten Beschluß festhielten, so daß nach sehr eingehender Aussprache die Unternehmer ihrem Antrag auf Wänderung der 46 stündigen Arbeitszeit zurückzogen mit der Erklärung, ihn später, evtl. bei den Tarifverhandlungen, wieder aufzunehmen.

In bezug auf die Erhöhung der Feuerungszulagen, Erhöhung der Minimallohne und Klärung der Frage über die Berechnung der Ueberzeitarbeitszuschläge war von unseren Vertretern beantragt worden, die seitherigen Feuerungszulagen für Gehilfen um 20 Mk., für Arbeiterinnen um 10 Mk. pro Woche und die Akkordpreise um 25 Prozent zu erhöhen. Ferner wurde eine Erhöhung der

Minimallohne (auch der Einstellungslohne) in Anlehnung an die Vereinbarungen mit dem Verbands der Berliner Buchbinderei- und dem der Buchdruckerbesitzer gefordert. Bei Berechnung der Ueberstundenzuschläge soll der Gesamterdienst (Grundlohn und Feuerungszulage) durch die Stundenzahl der regelmäßigen Arbeitszeit geteilt werden. Die Bestimmung, daß die Feuerungszulage nicht mehr als 100 Prozent des tatsächlichen Verdienstes betrage, sollte nach einem weiteren Antrag der Gehilfen nur auf ungelübte Arbeiterinnen beschränkt werden. Den Beschluß bildeten Anträge auf Zahlung der vollen Feuerungszulagen auch bei Aussehen und nicht voller Beschäftigung, sowie auf weitere Verfürzung der Arbeitszeit der einzelnen Betriebe bis auf 6 Stunden täglich zur Vermeidung weiterer Entlassungen.

Begründet wurden die Anträge von unserem Vorsitzenden Kloth, der in erster Linie darauf verwies, daß mit dem zweifellos kommenden Abbau der Löhne nicht ein einzelnes Gewerbe beginnen könne, noch weniger aber auch eines, das in bezug auf Entlohnung anderen Gewerben weit nachziehe. Auch unsere heutigen Forderungen blieben hinter denen anderer Berufsgruppen weit zurück. Man vermöchte nicht zu erkennen, warum sich gerade die Buchbinder mit so sehr viel geringeren Löhnen zufrieden geben sollten, die seither schon immer in ihren Forderungen recht bescheiden und maßvoll gewesen seien. Die Kaufkraft unserer Kollegenchaft könne unmöglich noch weiter zurückbleiben als es ohnehin schon der Fall sei. Auch von den Vertretern der einzelnen Tarifkommissionen wurde recht wirkungsvoll in die Debatte eingegriffen. So wurde berichtet, daß sich ein Teil der Unternehmer mit kommenden Lohnerhöhungen auch für das Buchbinderpersonal bereits abgefunden habe, während andere sich auf den Standpunkt stellten, nur das zu zahlen, was direkt beschloß sei. Unsere Kollegenchaft sei jetzt so gestellt, daß ein erheblicher Teil zurzeit weniger verdiene als vor dem Kriege, da die Einstellungslohne zu geringe seien. Mit unseren Forderungen hinderten wir nicht den Aufbau unserer Volkswirtschaft, wie uns vorgeworfen würde, sie bezweckten nur eine mäßige Verbesserung der Kaufkraft unserer Mitglieder. Wie wäre demgegenüber das Verhalten der Verleger zu bezeichnen, die sich jetzt weigerten, neue Aufträge zu erteilen. Noch bei jeder Lohnforderung der Arbeiterchaft der graphischen Berufe haben diese den Ruin des Buchhandels vorausgesagt, der jedoch noch nie eingetreten sei. Gerade während des Krieges haben die Buchhändler Bombengeschäfte gemacht infolge der Kriegszuschläge, die sie auf alle — auch auf vor dem Kriege fertiggestellten — Bücher usw. gelegt haben, sobald eine Arbeitsgruppe eine Lohnerhöhung durchzusetzen vermochte. Dieses ständig wiederkehrende Verhalten der Verleger sollte die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der graphischen Berufe veranlassen, gemeinsam gegenüber den Verlegern Stellung zu nehmen. Vor allem wurde betont, daß die Entlohnung der Arbeiterinnen zum Teil sehr viel schlechter sei als in anderen und auch in verwandten Berufsgruppen, und selbst ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen werden höher entlohnt als unsere Kollegenchaft. Muß man darum lange Jahre lernen, um ein solches Ergebnis feststellen zu müssen? Unser Fehler sei es von jeher

gewesen, unsere Arbeitskraft viel zu billig abzugeben zu haben. Das treffe in einem bestimmten Maße auch für die Unternehmer zu, die für die Erzeugnisse ihrer Betriebe zu geringe Preise gefordert haben. Ausschlaggebend sind die Löhne anderer, größerer Industrien, da diese preisbestimmend seien. Bei unseren Akkordarbeitern fällt der Lohnsatz zurzeit rapid infolge des Arbeitsmangels. Da kann nur eine Steigerung der Akkordlöhne helfen.

Alle Begründungen für unsere Forderungen fanden bei den Unternehmern verschlossene Ohren. Wir können nicht! Wir dürfen nicht! war der stets wiederkehrende Refrain ihrer Ausführungen. In der Hauptsache verwiesen sie auf den schlechten Geschäftsgang und auf die Unlust der Verleger, Aufträge zu erteilen. Bei weiterer Verteuerung infolge der Lohnsteigerungen höre jede Auftragerstellung auf. Bücher seien keine Verbrauchsartikel, deren Erscheinen eine direkte Lebensnotwendigkeit sei. Die Konkurrenz der Provinz und des neutralen Auslandes wurde angeführt und auf die schlechte Lage der Papiererzeugung hingewiesen. Die Kohlennot werde bald die völlige Schließung der Betriebe veranlassen. Angesichts solcher Verhältnisse seien unsere Forderungen maßlos und übertrieben. Es habe ansehend das allgemeine Streben nach höheren Löhnen, diese jegliche Modestrahtheit, beim Stellen unserer Forderungen mitgemirkt. Zugeworfen wurde, daß es notwendig sei, daß auch die Buchbinderarbeiterschaft anständig entlohnt werde, doch müsse dabei die Lage des Berufes von entscheidender Bedeutung sein. Und diese sei so, daß eine glatte Ablehnung unserer Forderungen erfolgen müsse.

Trotz langer Reden und Gegenreden kamen sich die Parteien in den 12tägigen Verhandlungen nicht näher, so daß diese abgebrochen werden mußten. Bemerkenswert mag noch werden, daß die Unternehmer eine Erhöhung der Minimallohne für Gehilfen um 15 Pf. pro Stunde zugehen wollten, die Arbeiterinnen sollten ganz leer ausgehen. Das Angebot der Unternehmer in bezug auf die Minimal- und Einstellungslohne blieb bis zu 40 Pf. pro Stunde hinter unseren Forderungen zurück. Bei dieser Sachlage wurde die Zwecklosigkeit weiteren Verhandels allseitig anerkannt. Im einzelnen gestaltete sich die Beschlusfassung wie folgt:

1. Der Antrag der Arbeitgeber auf Wänderung der 46 stündigen Arbeitszeit in eine 48 stündige Arbeitszeit wöchentlich wird vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt und soll später wiederholt werden.

2. Der Antrag der Gehilfen auf Erhöhung der Feuerungszulagen um 20 Mk. für Gehilfen und um 10 Mk. für Arbeiterinnen sowie Erhöhung der Akkordpreise um 25 Prozent wird von den Arbeitgebern abgelehnt.

3. Der Antrag der Gehilfen: „Bei Berechnung der Ueberstundenzuschläge gilt als Stundenlohn derjenige Betrag, der sich ergibt, wenn man den Gesamtstundenverdienst (Grundlohn und Feuerungszulage) durch die Stundenzahl der regelmäßigen Arbeitszeit teilt“, wird von den Prinzipalern angenommen.

4. Ueber den Antrag der Gehilfen und den Gegenantrag der Prinzipale über die Erhöhung der Minimal- und Einstellungslohne wurde eine Einigung nicht erzielt. Die Verhandlungen werden abgebrochen mit der Erklärung der Gehilfen, daß

sie das Reichsarbeitsamt zwecks Vermittelung anrufen werden.

5. Die weiter von den Gehilfen vorgelegten Anträge über Beschränkung der 100 Prozent Feuerungszulage auf ungelübte Arbeiterinnen, über die Zahlung der Feuerungszulage bei Aussetzen und nicht voller Beschäftigung und über Vermeidung weiterer Entlassungen werden von den Prinzipalen abgelehnt.

Als die Unmöglichkeit eingeschrieben wurde, die Unternehmer von ihrer vollständig ablehnenden Haltung abzubringen, wurden vom Kollegen Harder in Vertretung des erkrankten und abgereisten Kollegen Kloth die Verhandlungen mit einer Erklärung abgebrochen, die da besagt: „Nachdem die Herren Arbeitgeber bezüglich der Minimallohne für Gehilfen ein zu geringes Entgegenkommen zeigen, bezüglich der Arbeiterinnen jedes Entgegenkommen ablehnen und sich gegenüber der Erhöhung der Feuerungszulagen vollkommen ablehnend verhalten, sind die Vertreter der Arbeitnehmer der Ueberzeugung, daß ein weiteres Verhandeln zu keinem Resultat mehr führen dürfte. Sie erklären, namentlich das Reichsarbeitsamt als Vermittelungsinstanz anzurufen. Wenn infolge der Entschliessungen der Arbeitgeber unliebsame Störungen in den Betrieben entstehen, trifft die Schuld hierfür nicht die Arbeitnehmervertreter.“ Damit ist zugleich der Weg vorgezeichnet, den unser Verband zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen seiner Mitglieder jetzt zu gehen gedenkt.

Zur Vorgeschichte des Gewerkschaftsvertrages.

Eine verzerrte Darstellung gibt die den Gewerkschaften und namentlich den Gewerkschaftsführern feindliche Presse von der Geschichte des großen Vertrages, den die Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden über die Regelung der Uebergangswirtschaft abgeschlossen haben. (Nachstundentag, Hallenlassen der Gelben, allgemeiner Tariflohn, paritätischer Arbeitsnachweis ujm.) Diese Presse stellt es so dar, als ob die Gewerkschaften bis zum 9. November geschlossen hätten und dann nach dem Siege der Revolution eiligt zu den Unternehmern gelaufen wären, um sich von den Erschreckten allerlei Zugeständnisse machen zu lassen, die dann die Gewerkschaften als ihre Errungenschaften ausgegeben hätten. Zugleich sei der ganze Vertrag ein Mandat, um die Arbeiter von den weitergehenden Forderungen auf Sozialisierung abzuhalten und dadurch die politische Gesellschaft zu retten. Die „Allgemeine Steinsche-Zeitung“ hat sich deshalb an Regien, den Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, gewandt und um eine genaue Darstellung der Vorgeschichte dieses Vertrages gebeten. Regien antwortete darauf:

„Wieviel, wie der Krieg ausging, war damit zu rechnen, daß eine nichtsystematische Lohngestaltung mit einem Schläge beseitigt werden würde, sobald die Industrie wieder auf die Friedensarbeit umgestellt wurde. Die Unternehmer wären dann sofort zu den alten Friedenslöhnen zurückgekehrt und hätten den Gewerkschaften einen Kampf zur Verteidigung der während des Krieges erzwungenen Löhne ausgenommen, die ja auch kaum in einem Verhältnis zur Lebenshaltung standen. Nach der Sachlage war vorauszusetzen, daß bei dem starken Nachdruck auf den Arbeitsmarkt mit Arbeitern, die durch den Krieg wirtschaftlich ruiniert und körperlich durch Unterernährung geschwächt waren, ein langandauernder schwerer wirtschaftlicher Kampf kaum zu führen sein würde. Deshalb haben es die Gewerkschaften nicht abgesehen, mit den Unternehmern in Verhandlungen einzutreten, um, wenn möglich, diesen Kampf zu vermeiden.“

Die Annäherungsversuche von Unternehmenseite begannen schon Anfang des Jahres 1918. Zu näherer Verhandlung mit einem Vertrauensmann der Unternehmer kam es am 2. Oktober. Am 22. Oktober fand die erste Zusammenkunft von vier Unternehmervertretern und vier Gewerkschaftsvertretern statt. In dieser Besprechung wurden die allgemeinen Grundzüge für die Regelung der Arbeitsverhältnisse nach dem Kriege aufgestellt. Da die Unternehmer zunächst mit den einzelnen Unternehmerverbänden Rücksprache nehmen mußten, wurde die weitere Beratung

auf unbestimmte Zeit vertagt. Inzwischen schuf das deutsche Waffenstillstandsangebot eine Lage, die es wahrscheinlich machte, daß die Demobilisation, die man sich bis dahin langsam und auf mehrere Monate verteilt vorgestellt hatte, in Tagen abgewidelt werden müßte. Hier drohte, wenn nicht energische Maßnahmen getroffen würden, der Zusammenbruch des ganzen deutschen Wirtschaftslebens. Deswegen traten Unternehmer- und Gewerkschaftsvertreter in den letzten Tagen des Oktober wiederholt zusammen, um die für die Demobilisation notwendigen Maßnahmen zu beraten. Ein Plan für die Organisation der Demobilisationsbehörde wurde in den Grundzügen aufgestellt und der Konferenz der Vorstandsvertreter am 1. November zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Konferenz stimmte dem Plan zu, und die Verhandlungen wurden fortgesetzt.

In einer Sitzung beim Reichskanzler, an der das gesamte engere Kabinett teilnahm, wurde dieser Demobilisationsplan von den Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften vorgelesen und nach einigem Widerstreben allgemein anerkannt. Weitere Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister und dem Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt führten ebenfalls zu einer Verständigung. Das Ergebnis war die Einrichtung der Demobilisationsbehörde unter Leitung des Staatssekretärs Koeth.

Die gewerkschaftlichen Vertreter hatten während der ganzen Verhandlungen daran festgehalten, daß es mit dieser Demobilisationsbehörde nicht sein Bewenden haben dürfe, sondern daß allgemeine Abmachungen zur kollektiven Regelung des Arbeitsvertrages erfolgen müßten. Ein diesbezüglicher Organisationsplan wurde in einer gemeinsamen Sitzung am 8. November durchberaten; seine nähere Feststellung wurde je einem Vertreter der Unternehmer und der Gewerkschaften übertragen, die endgültige Beschlussfassung sollte in der für Montag, den 11. November, vorgesehenen Sitzung erfolgen. Das ist auch tatsächlich geschehen. Am 12. November wurden die Verträge bereits zur Perfektion gebracht, und nur die Veröffentlichung zog sich bis zum 15. November hinaus, weil die Vorstandsvertreter, namentlich bei den Unternehmern, erst am 14. November zusammenkommen und die Genehmigung zur Unterzeichnung erteilen konnten.“

Auf eine Frage nach dem Einfluß, den danach die Revolution auf dieses große Vertragswerk ausgeübt hätte, präzisierter Legien: „Selbstverständlich haben die Gewerkschaftsführer den Sieg der Revolution sofort benutzt, um ihre Forderungen höher zu schrauben, und diese erhöhten Forderungen wurden ohne wesentlichen Widerstand durchgesetzt. Die Revolution hat also den Inhalt des Vertrages in einigen wichtigen Punkten beeinflusst, aber es ist keine Rede davon, daß das ganze Vertragswerk erst durch die Revolution angeregt oder in Gang gebracht worden wäre.“

Zu der Frage, ob der große Vertrag zwischen Arbeiterverbänden und Unternehmerverbänden etwa durch die Revolution überholt sei oder durch die Sozialisierung hinfällig werden würde, erklärte Legien: „Das Vertragswerk hindert die Sozialisierung der hierfür reifen Betriebe keineswegs; wohl aber ist es ganz geeignet, die Industrien, die hierfür noch nicht reif sind, dafür reif zu machen durch die einheitliche Regelung der ganzen Betriebsverhältnisse. Sieht man aber von den theoretischen Gesichtspunkten ganz ab, so wird durch dieses Vertragswerk im Wege freiwilliger Vereinbarung die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens gesichert und das Schließen der Fabriken verhindert, während es sehr zweifelhaft ist, ob das je durch Zwang und Verordnung hätte erreicht werden können. Auch bei der Durchführung der Sozialisierung fällt den Berufsorganisationen eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Vollkommen treffend hat in Voraussicht dieser Zeit Wilhelm Liebknecht schon im Jahre 1893 in einer Versammlung zu Wiesbaden gesagt: „Wenn wir keine Gewerkschaften hätten, müßten wir welche schaffen, wenn es zur Sozialisierung der Produktion kommt.“

Das klingt anders, als man es im Lager der Gegner der Gewerkschaftsbewegung hören kann.

Eine Konferenz der Gauleiter unseres Verbandes

fand aus Anlaß der Verhandlungen über die Erhöhung der Feuerungszulagen vom 28. bis 30. Januar in Leipzig statt, bei der nahezu alle Gauen vertreten waren. Die Hauptveranlassung zu der Konferenz bot ein Rundschreiben aus Unternehmerrreisen an einen Großteil gewerblicher Betriebe, in dem es hieß:

„... Da wir voraussichtlich Ende Januar wegen weiterer Lohnforderung der Arbeiter eine sehr wichtige gemeinschaftliche Sitzung haben werden, wäre es sehr zu empfehlen, wenn die betreffenden Firmen, welche die Absicht haben, dem Verband beizutreten, dieses sehr bald tun würden und daß dann Ihr Verband durch einen Delegierten bei der Sitzung vertreten wäre. — Unser Verband steht jetzt auf dem Standpunkt, weitere Lohnforderungen zu verweigern, da wir sonst unser Gewerbe empfindlich schädigen würden und wir voraussichtlich vor eine große Arbeitslosigkeit im Laufe des Sommers gestellt würden. Es liegt also auch in Ihrem Interesse, wenn Sie sich recht bald entschließen, unserem Verband beizutreten, damit dann ein geschlossenes Ganges der Gehilfenchaft gegenübersteht. — Leider haben die Buchdrucker in allzu großer Nachgiebigkeit die Forderung bereits bewilligt und wenn dieser Beschluß durch eine neuerliche Tarifants-Sitzung nicht abgeändert wird, stehen wir Buchbindermeister vor einer schweren Aufgabe...“

Dieses Schreiben — das, nebenbei bemerkt, von der Leitung des Unternehmerverbandes als nicht von ihr ausgehend bezeichnet wurde — fordert einen größeren Kreis von beruflichen Unternehmungen zur Teilnahme an den Beratungen auf. Da es in der Hauptsache an Provinzfirmen gesandt sein sollte, so wurde dadurch auch unser Vorstand veranlaßt, den Kreis der Verhandlungsteilnehmer von seiner Seite aus ebenfalls größer zu ziehen.

Die Konferenz befaßte sich zunächst mit den Forderungen, die an den Verband deutscher Buchbindermeister gestellt waren. Nach eingehender Begründung wurde diesen Forderungen einmütig zugestimmt. Die Regelung der Frage der Vertretung in der gemeinsamen Sitzung mit den Unternehmern entfiel sodann eine lange und zum Teil sehr erregte Debatte, da hierbei alle die Vorgesänge zur Sprache kamen, die sich in jüngster Zeit in Leipzig abgespielt haben und von denen der Bericht in der vorliegenden Nummer einige Kenntnis gibt. Einmütig stellte sich die Konferenz — entgegen der Leipziger Delegation — auf den Standpunkt, daß über die Befähigung eines Angestellten nicht politische, sondern nur seine gewerkschaftlichen Eigenschaften ausschlaggebend sein dürfen. In unseren gewerkschaftlichen Einrichtungen solle und müsse man sich freihalten von politischen Meinungsverhiedenheiten. Das sei zwar schwer, zumal, wenn, wie in Leipzig, diese Differenzen von Außenstehenden fortgesetzt geführt werden. Selbst Vertreter von Leipzig, die nicht auf dem Boden des angefeindeten Angestellten stehen, mußten zugeben, daß diesem in gewerkschaftlicher Beziehung kein Vorwurf gemacht werden könne und daß es nur die Richtung sei, die er vertrete, die ihm so viele Gegner geschaffen.

Nachdem befaßte sich die Gauleiterkonferenz in längerer Erörterung mit der Fortführung der Tarifbewegung im Reich. Das Verlangen nach Reichstarifen, nach der geschlichen Regelung derselben, nach weiterer Erfassung der Nebenbranchen und besserer Bearbeitung dieser, vor allem aber auch nach besserem Zusammenarbeiten mit den übrigen graphischen Organisationen kam in bringender Weise zum Ausdruck. Die gefällige Anerkennung unseres sogenannten Drei-Städte-Tarifs soll umgehend nachgeschickt werden.

Ueber die Abhaltung des nächsten Verbandstages war sich die Konferenz dahin einig, zunächst noch einige Zeit verstreichen zu lassen, damit erst einmal ein Ueberblick über die wirtschaftliche Entwicklung möglich sei. Die derzeitige noch äußerst unsichere politische und wirtschaftliche Lage läßt eine Verschiebung sehr wohl rechtfertigen. In bezug auf den Gewerkschaftsfongress forderte die Konferenz die beschleunigte Einberufung desselben.

Aus unserem Beruf.

Entschädigungsansprüche von Unternehmern bei spraktaktischen Verkürzungen. Nach dem „Correspondenzblatt“ wurden in Leipzig in einer Versammlung tarifstreuer Buchdruckereibesitzer, Mitgliedern des Verbandes Deutscher Buchbinderbesitzer und des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer die Plün-derungen und Verkürzungen zahlreicher Betriebe, vor allen der Zeitungsdruckerien, durch unorganisierte Arbeiter am 17. Januar besprochen und beschlossen, bei der Stadt Schabenerfabrikansprüche zu stellen. In bezug auf die Lohnentschädigung derjenigen Arbeiter, welche gezwungenermaßen an den Sympathiestreiks teilnahmen, soll eine nähere Vereinbarung getroffen werden.

Bei dieser Gelegenheit sei berichtet, daß die Stadt Berlin alle an sie aus Anlaß der Unruhen gestellten Schabenerfabrikansprüche abgelehnt hat.

Arbeitsbeschränkungen in München. Auf einen Antrag des graphischen Kartells in München, dem graphischen Gewerbe mehr Kohlen und Papier zuzuwenden, damit Betriebsbeschränkungen vermieden werden, antwortete die Arbeiterratskommission für volkswirtschaftliche Fragen, daß zur Verminderung von Arbeitsbeschränkungen in erster Linie die Arbeitszeit ver-
fürgt werde und das zweimalige Erscheinen der Zeitungen unterbleiben soll.

Berichte.

Berlin. Am 30. Januar fand eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Gewerkschaften des Buchbindergewerbes und verwandter Berufe statt. Einleitend zu der allgemeinen Aussprache über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die Forderungen der Arbeitslosen gab Kaspar als Referent ein Bild der traurigen gesundheitlichen und materiellen Lage der Arbeitslosen, dem verbrecherischen Kriege das Schuldonto dieser Misere aufbürdend. Die neuerlichen Absichten des Demobilisationsamtes zur Verkürzung und Entziehung der Erwerbslosenunterstützung, begleitet mit einer gemeingefährlichen, herausfordernden Hebe gegen die Arbeitslosen beleuchtend, legte der Referent der Versammlung diese zwei Entschlüssen vor:

„Die am 30. Januar versammelten Arbeitslosen des Buchbindergewerbes und verwandter Berufe protestieren gegen die Verordnung des Demobilisationsamtes, die bisherigen Unterstützungen der Erwerbslosen herabzusetzen. Bei der noch immer gleichbleibenden Steigerung der Lebensmittel, der notwendigen Bedarfsartikel, der Heizung und Wohnungsmiete bedeuten die bis jetzt geltenden Sätze den Mindestbetrag, um leben zu können. Die Erwerbslosen haben das Verlangen, nach Maßgabe ihrer beruflichen und physischen Befähigung beschäftigt zu werden, sie verwahren sich des entschiedensten gegen die fortgesetzte Bestrafung der Erwerbslosen als Arbeits-scheue durch die bürgerliche Presse einschließlich des „Vorwärts“. Die Arbeitslosen erwarten vom Staat und Kommune, daß die Folgen des verbrecherischen Krieges nicht auf die Ärmsten, die körperlich ger-mürdeten Arbeitslosen abgewälzt werden.“

In einer zweiten Resolution beantragte er bei der Organisation, dem Deutschen Buchbinderverbande, eine sofortige Kündigung der Bestimmungen der Arbeitslosenkontrolle dahin zu treffen, daß sie sich nur jeden zweiten Tag zur Arbeitslosenkontrolle zu melden haben. Sie erwarten die dringliche Kündigung um so mehr, als die meisten anderen Verbände und die Stadt selbst die Kontrolle nur jeden zweiten Wochentag verlangen.

Die Leitung der Zählstelle hatte eine Vertretung gesandt und sprachen von dieser die Kollegen Brüdner und Wytomski. Ersterer als Vertreter im Kuratorium des Arbeitsnachweises nahm Kenntnis von den Beschwerden der Arbeitssuchenden gegen den Ange-stellten des Nachweises, den Kollegen Rüter, und verteidigte dann die Maßnahmen des Demobilisationsamtes, aber allgemeinen Widerspruch und Empörung dieserhalb bei der Versammlung auslösend.

Die prächtig geführte Diskussion, an der sich die Kollegin Frau Fint und die Kollegen Galle, Weis-haupt, Maruse, Klemm und Schulnecht beteiligten, war eine wichtige Anläge gegen die Fäkzung un-seres Verbandes, ganz besonders den Kollegen Kloth, gegen die Verantwortlichen des Krieges wie der gegenwärtigen Regierung und die Maßnahmen des Demobilisationsamtes. Die beiden Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Ebenso ein von Maruse gestellter weiterer Antrag: „Die arbeits-losen Buchbinder verlangen von der hiesigen Zähl-stelle des Verbandes, daß sofort Schritte eingeleitet werden, um die Arbeitszeit zu kürzen, damit ein Teil der Kollegen untergebracht wird.“

Die Versammlung ehrte durch Erheben von den Säben unsere Vorkämpfer Luxemburg und Lieb-necht und die anderen Revolutionsopfer wie auch den verstorbenen Genossen Wehring. Die Beteiligung an der Bestattungsfeier des Genossen Liebnecht war

eine gute. Die Sammlung der Arbeitslosen zur Kranzspende erbrachte 52,35 M. Ein von der Ver-sammlung gewählter Arbeitslosienrat von 7 Personen soll die Interessen der Arbeitslosen wahren.

Bielefeld. Am 24. Januar fand unsere General-versammlung statt. Der Vorsitzende Beatz gab den Geschäftsbericht, nach dem eine erfreuliche Mitglieder-zunahme zu verzeichnen ist. Der Mitgliederstand hat sich seit dem letzten Quartal um 81 erhöht und besteht aus 96 männlichen und 132 weiblichen. Leider ist ein Teil unserer Unternehmer sich seiner Pflicht nicht bewußt, läßt lieber die Arbeiten größtenteils von Mädchen herstellen und die Feldfrauen Kollegen können spazieren gehen und darüber nachdenken, warum sie für andere geiltten und gebüht haben. Wir haben auf diese Weise eine Anzahl Arbeitslojer am Ort. Da wir für die letzteren ein besseres Emp-finden haben, wurde beschlossen, pro Monat 1 M. von den männlichen und 50 Pf. von den weiblichen Mitgliedern Extrasteuere zu erheben, um die Arbeits-lojen dadurch länger unterfragen zu können. Die Unterstützung für die ausgeheuerteten Arbeitslojen wurde für verheiratete Kollegen auf 1 M. und für ledige und die Kolleginnen auf 75 Pf. täglich fest-gesetzt. Der Bericht des Kassierers Weinstock bilan-ziert bei der Hauptkasse mit 1973,47 M., in der Nebenkasse ist ein Bestand von 1086,20 M. vorhanden. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt und die Verwal-tung um 4 Weisiger erweitert. Dann wurde be-schlossen, in diesem Jahre unser Stiftungsfest wieder in gehobener Weise zu feiern. Die Kolleginnen wurden aufgefordert — und seien auch an dieser Stelle daran erinnert — mehr als bisher die an sie verteilte „Gewerkschaftliche Frauengeitung“ zu be-achten und eingehend zu studieren.

Leipzig. Eine Versammlung der Zählstelle fand am 27. Januar statt, um Maßregeln gegen die Politik und Haltung der meisten Gewerkschaftsführer im allgemeinen und der Angestellten des Verbandes in Leipzig im besonderen zu ergreifen. Was aktuell diese Frage geworden, bewies der Besuch der Ver-sammlung. Bis auf den letzten Platz war der große Saal des Albertgartens besetzt. In 1 1/2 stündiger Rede beleuchtete Thalheim die Ursachen der Miß-stimmung der organisierten Arbeiterchaft gegen die Haltung der Gewerkschaftsführer, umfassend die Ge-ne-ralkommission, die Zentralvorstände, bis herab zu dem Heer der Verbandsangestellten. Der Referent ging in großen Zügen auf all die Mächtigkeiten dieser Leute während und nach dem Kriege ein, die geeignet waren, der freien Arbeiterbewegung schärfste Fesseln anzulegen. Während des Krieges sei es die Aufrechterhaltung des nationalen Raummels gewesen, die diese Vertreter der Arbeiterinteressen auf seiten der Kriegsverlängerer treten ließ. Auch jetzt, nach-dem die Revolution eine entgegengesetzte Lage ge-schaffen, als die meisten erhofft, wirken dieselben Leute mit allen Mitteln, die geeignet sind, der Ge-neralrevolution die Wege zu ebnen. Dies sei im Interesse der gesamten Arbeiterchaft aufs schärfste zu bekämpfen. Da die Leipziger Angestellten und vor allem der Bevollmächtigte Wienide besonders extreme Anhänger der Politik des Verbandsvorstandes seien, wäre es höchste Zeit, mit diesem System zu brechen und gegebenenfalls Leute an deren Stelle zu setzen, die nur die Interessen der Arbeiterschaft ver-treten und die deshalb das Vertrauen der Massen genießen.

Zu seiner Rechtfertigung auf die vom Referen-ten berührten seine Person betreffenden Angelegen-heiten führte Wienide an, daß wohl hauptsächlich die „Leipziger Volkszeitung“ mit ihrer Hebe gegen ihn die Ursache der Mißstimmung in Kollegenkreisen gegen ihn sei. Daß der Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung für Frauen abgelehnt worden sei, wäre nicht sein Verhängnis, da er nur als Stellvertreter (Jurat; Berufsvertreter) in jener Sitzung war und deshalb kein Stimmrecht gehabt hätte. Auch die Auegerung, die Beteiligung am Sympathiestreik für die gemordeten Liebnecht und Rosa Luxemburg sei Tarifruch, stamme weder von ihm noch von Walter oder Wagner. Von dem Vorwurf, bei der Lebensmittelförderung durch den Verband nicht ganz korrekt verfahren zu sein, reinigte sich Wienide durch Denunziation eines mit der Abrechnung säumigen, vielleicht ungetreuen Ver-bandsfunktionärs. Kollege Kloth, vom Verbandsvor-stand zu dieser Versammlung entsandt, wurde beim Eintritt in den Saal mit tosendem Lärm empfangen, so daß der Versammlungsleiter Nähe hatte, durch Anwendung seiner vollen Lungenkraft die Leben-schaft zu fesseln und die Ruhe wiederherzustellen. Kloth rechtfertigte die Politik und Politik der Gewer-schaftsführer, indem er sich auf sozialistische Chris-tianer wie Bruno Schönlank, Karl Kautsk, Karl Marx und Jean Jaures beruft, deren niedergewrie-bene Ansichten sehr wohl mit der von ihm ein-geschlagenen Politik in Einklang ständen. Wienide sei einer der befähigten Verbandsbeamten und daher sei es ausgeschlossen, daß er von keinem Voten durch

den Verbandsvorstand abberufen würde. Wenn er in Leipzig abziehe, so sei er nur ein Opfer seiner poli-tischen Ueberzeugung. Den Kollegen Thalheim be-zichnete Kloth als Stellenjäger, der die Aktion nur eingeleitet habe, um seine Person an die Stelle Wienides zu bringen. Kloth empfahl, die inzwischen eingegangene und verlesene, unten im Wortlaut stehende Resolution zurückzugeben. Mehrere Dis-kussionsredner unterzogen einzelne Ausführungen Thalheims und verlangten die Entzerrung Wienides von keinem Voten. Frau Thiel beleuchtete die Aus-führungen Kloth und Wienides nach ihren Erfah-rungen in der Ortsverwaltung. Sie gab ihrer An-sicht dahin Ausdruck, daß es ein Gebot der Stunde sei, mit allen Mitteln zur Verbesserung der Lage des Proletariats einzutreten und die politische Partei zu stützen, die dessen Interessen restlos vertritt. Um diesem Gebot der Stunde Rechnung zu tragen, sei es höchste Zeit, in der Verwaltung einen Personen-wechsel eintreten zu lassen. Der anhaltende Weisfall, der die Ausführungen der Rednerin kränzte und die Annahme der Resolution mit erdrückender Mehr-heit — etwa 5 Auswende stimmten dagegen — geigte deutlich die Stimmung der Versammlung. Wegen vorgeführter Zeit wurde ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen, nachdem ein solcher auf Vertagung abgelehnt war. An Stelle Wienides wurde Seide von der Versammlung beauftragt, an den Verhandlungen zur Erhöhung der Tariflöhne und Feuerungszulagen teilzunehmen. Die Resolu-tion lautet:

„73 Vertrauensleute, Geschäftskommis-sions-mitglieder, Arbeiterräte und Ortsverwaltungsmit-glieder aus fast allen größeren Betrieben Leipzigs unterbreiten der Versammlung folgende Entschlie-ßung zur Annahme:

Die heutige hartbesuchte Mitgliederversamm-lung der Zählstelle Leipzig erklärt nach dem Be-ferat des Kollegen Thalheim und eingehender Aus-sprache folgendes:

Die Verbandsangestellten Leipzigs haben es während der Dauer des Krieges und bis in die letzten Tage der Revolutionszeit hinein nicht ver-standen, den Mitgliedern Rechnung zu tragen, in-dem sie eine Haltung einnahmen, die in gewerkschaftlichen sowie die Buchbinderarbeiterschaft all-gemein berührenden Arbeiterfragen zum allergrößten Teil eine solche war, die sich mit den Ansichten der Mitglieder nicht deckten.

Insbondere hat Koll. Wienide bewiesen, daß er durch seine Stellungnahme beim Sympathie-streik der Leipziger Arbeiterschaft am 11. Januar sowie weiter durch sein Verhalten bei der Beratung mit städtischen Behörden gegen Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge für Arbeiterinnen — als er sich gegen Erhöhung aussprach — gezeigt, daß er die Interessen der Arbeiter nicht vertritt. Auch sein diktatorisches Auftreten gegenüber den Mitglie-dern sowie seine persönlich gehässige Kampfes-weise bei seinen Anschauungen nicht bildigenden Mitgliedern gegenüber beweisen, daß er nicht in der Lage ist, seinen Posten in deren Interesse voll zu vertreten.

Die Versammelten können ihm deshalb das zur Leitung ihrer Geschäfte unbedingt notwendige Vertrauen nicht mehr entgegenbringen und for-dern ihn deshalb auf, von seinem Amte zurück-zutreten. Vom Verbandsvorstand erwartet die Versammlung, daß er den Anschauungen der Leip-ziger Mitglieder Rechnung trägt und im Inter-esse der Organisation es diesen selbst überläßt, auf diesen Posten eine Person zu wählen, die getragen ist von dem Vertrauen der Leipziger Arbeiterschaft.“

(Anmerkung d. Red. Diese Vorkommnisse be-schäftigen zurzeit unseren Verbandsvorstand und Ausschuß.)

Rundschau.

× **Wiedererfassung der Slawen in Frankreich.** In Frankreich schmachten noch etwa 800.000 gefan-gene Deutsche, die trotz des Waffenstillstandsvertrags nicht freigelassen werden, während die in Deutschland gefangen gewesenen Angehörigen der Weisheiten bereits am 13. Januar vollständig abtransportiert waren. Bei dem Abschluß des Waffenstillstandsvertrags wei-gerten sich insbesondere die Franzosen, die Gegen-seitigkeit anzuerkennen, so daß in der Tat eine ganz einseitige Ueberlieferung der deutschen Kriegsgefan-genen anerkannt worden ist. Die Franzosen teilten damals nicht mit, was sie mit den deutschen Kriegs-gefangenen im Sinne hatten. Aber bereits damals lag eine Weisung aus dem neutralen Ausland vor, wonach die französische Regierung sich mit dem Wan-trug, deutsche Kriegsgefangene zu El-Labarbeiten in Nordfrankreich zu ver-wenden. Wir hielten damals diese Weisung für so unannehmlich, daß wir an die Möglichkeit ihrer Durchführung nicht glauben und sie deshalb der Öffentlichkeit noch nicht unterbreiteten. Jetzt geben

aber neue Meldungen ein, und zwar diesmal in so bestimmter Form, daß jeder Zweifel ausgeschlossen ist.

Der französische Ministerrat hat Anfang Januar tatsächlich beschlossen, die deutschen Kriegsgefangenen zu Wiederherstellungsarbeiten in den verwundeten Reparements zu verwenden. Der Abtransport hat bereits begonnen; am 20. März sollen in den nordfranzösischen Kriegsgebieten mindestens 200000 Kriegsgefangene zusammengezogen sein, um bei den Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeiten Beschäftigung zu finden.

Die uns vorliegende weitergehende Meldung über eine beabsichtigte Verwendung der Kriegsgefangenen auf eine Zeit von 2 Jahren wird von französischer Seite einstweilen noch bestritten, aber man weist in Frankreich doch bereits darauf hin, daß auch diese Angelegenheit bei den Friedensverhandlungen zur Sprache kommen könnte.

Dagegen erheben wir Protest. Was dort geschieht, ist eine Verleugnung der Sittengesetze der Zivilisation, eine Verleugnung der Menschlichkeit.

Dagegen zu protestieren ist Pflicht eines jeden, der nicht widerspruchslos die Rückkehr zu den Gebräuchen der Barbarei längt entschuldender Zeiten vor seinen Augen geschehen lassen will.

(Korrespondenzblatt.)

Der Achtstundentag in den besetzten Gebieten. Bieleorts gibt es noch Arbeiterkreise, die in völliger Unkenntnis jeder Sachlage behaupten: „Es ist gänzlich gleich, ob Franzosen oder Engländer zu uns (in das rechtsrheinische Deutschland) kommen oder nicht, bei denen haben wir es auch nicht schlecht.“

Diesem unvernünftigen Gereds gegenüber möge folgendes zur Warnung dienen:

Das Demobilisationsamt hat die achtstündige Arbeitszeit angeordnet. Ab 1. Januar 1919 ist sie bekanntlich in ganz Deutschland die regelmäßige tägliche Arbeitszeit. Am 4. Januar 1919 hat nun in der Frage des Achtstundentags der Befehlshaber der französischen Besatzungsarmee für die Rheinpfalz folgende Entscheidung verfügt:

Die Anordnung vom 23. 11. 1918 veröffentlicht unter Nr. 6548 A. G. - M. Nr. 162, ist, da sie der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages zeitlich nachfolgt, in den von den französischen Truppen besetzten Gebieten nicht vollziehbar. In all den Fällen, wo die angeordneten Maßnahmen mit früheren bindenden Vorschriften nicht in Widerspruch stehen, besteht kein Bedenken, daß sie im Weg friedlicher Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern — jedoch unter Ausschluß jeder behördlichen Einwirkung — angenommen werden. Die Verminderung der Arbeitszeit kann dazu verhelfen, den demobilisierten Beschäftigten zu verschaffen. Wir haben hiergegen keine Erinnerung. Wenn jedoch die Regelung der Arbeitszeit durch eine zwingende Vorschrift allgemein und bindend nicht nur für die Industriearbeiter, sondern auch für die öffentlichen Betriebe erfolgt, so könnte das zu den ernstesten Inzuträglichkeiten führen. Wir sind deshalb nicht in der Lage, jene Anordnung zu billigen oder ihr gütliche Gültigkeit zuzuerkennen.

Daraus ist klar ersichtlich, daß die Franzosen die Geschäfte der Arbeitgeber besorgen, und daß sie sich um die Verfügungen der deutschen Regierung und des Demobilisationsamtes nicht kümmern. Daraus ist aber weiter ersichtlich, daß sie auch den Abmachungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, die am 15. 11. 1918 veröffentlicht und von Oberl und Haase gegengezeichnet sind, auch keinen Wert beilegen, sondern dieselben mit einer Handbewegung beiseite schieben.

Wenn wir auch überzeugt sind, daß die Arbeitgeber der Rheinpfalz mit ihrer Nichtachtung der für das deutsche Gebiet bestehenden Verordnungen keine Seide spinnen, so haben die Arbeiter zurzeit doch einen ganz erheblichen Nachteil von den Zuständen, die die Besetzung durch fremde Truppen mit sich bringt. Die Arbeitgeber werden wohl eines schönen Tages die ganze Geschichte mit Prozenten für Überstunden nachbezahlen müssen. Aber zurzeit leiden eben die Arbeiter darunter, und das mag sich jeder, der in der Besetzung durch fremde Heere irgendeinen wünschenswerten Zustand erblickt, hinter die Ohren schreiben.

Die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist während des Krieges immer größerer Einschränkungen unterworfen worden. Abschneidung vom Weltmarkt bedeutet Unterbindung der Zufuhr, Rohstoffmangel und Beschränkung der Warenherstellung, verschärft durch verfehlte Maßregeln der Kriegswirtschaft.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine das Arbeitsfeld zurückgewinnt, das ihr durch die Kriegswirtschaft entzogen worden ist. Ihre ganze Leistungsfähigkeit kann sie erst dann entfalten, wenn sie wieder die Möglichkeit erhält, den angeschlossenen Vereinen alle Waren zu vermitteln, die für den konsumgenossenschaftlichen Großverkauf geeignet sind. Ihr den Weg aufs neue freizumachen, wird harte, lässige Anstrengungen kosten.

Die eigene Produktion der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist während des Krieges immer größerer Einschränkungen unterworfen worden. Abschneidung vom Weltmarkt bedeutet Unterbindung der Zufuhr, Rohstoffmangel und Beschränkung der Warenherstellung, verschärft durch verfehlte Maßregeln der Kriegswirtschaft.

Hierunter hat keine Industrie mehr zu leiden als die eigenen Betriebe der Verbraucher. Unsere Zigarrenfabriken dürfen wegen Tabakmangels nur noch einen kleinen Teil ihrer früheren Produktion anfertigen. Unsere Seifenfabriken müssen für das Zwangshandbit der Seifenindustrie arbeiten und haben keine Möglichkeit, ihre Leistungsfähigkeit so zu gestalten, wie es im Interesse der Konsumenten läge. Unsere Teigwarenfabrik ist für die Kommunalverbände lästig, aber auch ihr fehlt es zeitweilig an Material, und die direkte Verjorgung der Konsumvereine ist ihr abgeschnitten. In jenen kleineren Betrieben geht es nicht besser; teilweise sind sie arbeitslos. Unsere großen Projekte, neue Eigenbetriebe zu errichten, liegen brach. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist viel geringer als vor dem Krieg, und es ist noch gar nicht abzusehen, wann und wie es besser werden soll. Wir können unsere Hoffnung nur darauf setzen, daß es gelingt, in Deutschland wieder eine geregelte Produktion herbeizuführen. Denn das Schicksal unserer Eigenproduktion ist mit dem der gesamten deutschen Volkswirtschaft verketten. Wie dieser, so wird es jener ergehen. Die deutsche Volkswirtschaft aber braucht Beteiligung am Warenverkehr des Weltmarkts. Wir müssen wieder Waren herausstellen lernen, mit denen die unentbehrliche Einfuhr bezahlt werden kann, sonst bekommen wir vom Auslande nicht geliefert, was wir zu unserem Lebensunterhalt so nötig haben. Wenn daran liegt, daß es mit unserer Wirtschaft besser werde, der halte seine Arbeit fest, und wenn er keine hat, dann suche er eine nützliche Beschäftigung zu erlangen. Unsere Arbeitskraft ist unser Reichtum, produktive Arbeit unsere einzige Hoff-

nung, Arbeitslosigkeit hingegen unser Verderben und Arbeitshinderung nichts anderes als wirtschaftlicher Selbstmord. Je weniger wir arbeiten, desto schlechter wird es mit der Verjorgung der Verbraucher; je fleißiger wir tätig sind, desto reicher werden wir den Weg zu gesunden, erträglichen Verhältnissen finden. Dies gilt von der Gesamtheit wie von jedem einzelnen, und nicht zuletzt auch von den eigenen Unternehmungen der Verbraucher.

Abrechnungen

vom 4. Quartal gingen weiter bis zum 4. Februar bei der Verbandskasse ein: Von Berlin mit — M., Gau 5 200 M., Magdeburg 1100 M., Rüstingen-Wilhelmshaven 73 M., Gilsbeheim — M., Kassel 200 M., Gau 9 — M., Arnstadt 200,80 M., Bera — M., Halle 400 M., Rudolstadt — M., Dortmund 800 M., Duisburg-Ruhrort 50 M., Gau 11/18 476,04 M., Gau 12 — M., Chemnitz — M., Dresden 5000 M., Würzen 200 M., Neulüssen — M., Gau 18 800 M., Nürnberg-Fürth — M., und von Regensburg — M. E. Hausen.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer. B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Augsburg. B.: J. Schlegel, Schützenstr. 14/o. K.: A. Maier, Grimmstr. 8/o. Brandenburg. B.: E. Herber, Koonstr. 28 part. K.: A. Jaetschmann, Roldamer Str. 7a. Erfurt. B.: E. Finke, Adalbertstr. 80 part. K.: B. Postel, Auenstr. 17 I. Essen. B.: H. Schwörtdiner, Essen-Müttenscheid, Karolinenstr. 30 I. K.: J. Giltrop, Essen-Müttenscheid, Brigittenstr. 37. Glogau. B.: O. Elze, Taubenstr. 16 III. K.: J. Stowak, Dönigstr. 42. Göttingen. B.: A. Richter, Zwisdauer Str. 41. K.: W. Roitsch, Agnesstr. 1 II. Halberstadt. K.: Karl Schulze, Pakenstr. 72. Köln. B.: E. Marckall, Köln-Eilich, de Woelplatz 13 part. K.: O. Dehann, Follerstr. 11 III. Sonneberg. B.: G. Friedel, Schleierstr. 18. Weisenfeld. B.: O. Manide, Rifolaisstr. 17 I. K.: A. Emmerich, Weinbergstr. 18 II. Würzburg. B.: A. Fein, Eistergasse 5 I.

Literarisches.

Jungvolk-Almanach 1919. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Preis 2 M. Jugendorganisationen erhalten Rabatt.

Obwohl unser Jungvolk-Almanach der soeben erschienen ist, naturgemäß auf die politischen Ereignisse der letzten Wochen noch nicht Bezug nehmen konnte — ein solches Buch wird ja in seinen Hauptteilen Monate vor der Ausgabe fertiggestellt —, so wird sein reicher Inhalt doch zweifellos auch diesmal wieder die Abnehmer zufriedenstellen. Gleich der einleitende, ausführliche Aufsatz: „Sozialismus und Sozialdemokratie“ von Karl Korn ist dazu angetan, dem jugendlichen Leser das Verhältnis der gewaltigen revolutionären Bewegung, in der wir begriffen sind, zu erleichtern, insofern er den Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie historisch und theoretisch entwickelt.

Die äußere Geschichte der freien Jugendbewegung im letzten Kriegsjahr behandelt ein Aufsatz Richard Weimanns, während die Bedeutung, die Partei und Gewerkschaft für unsere jugendlichen Anhänger haben, Wilhelm Söllmann den Lesern eindringlich zum Bewußtsein bringt.

Zahlstelle Dresden. Am 24. Januar verstarb unerwartet unsere Kollegin, die Kartonnagenarbeiterin, Frau Johanna Richter im Alter von 46 Jahren an Herzschlag. Ihre Ihrem Andenken. Der Vorstand.

Schnoldl. wirtsch. empf. J. Gabel, Götterstr. 74

Buchschneidemaschine wenig gebraucht, möglichst wenig Platz einnehmend, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe zu richten unter B. G. 4265 an Rudolf Woffe, Dresden. Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf. Zum Preise von 1,80 M. zu beziehen von E. Hausen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel kleben nur noch mit Wiril Klebstoffen (D. R. P. a.) Glänzende Begutachtungen. Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc. Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten. Chemisch-technische Werke Willybald Richter Leipzig, Querstrasse 4-6, Telephon 3049. Telegramm-Adresse: Wirtwerke.

Leo's Buchbinder - Taschenkalender 1919 ist für jeden Fachmann unentbehrlich! Verlag d. Allgem. Anzeigers f. Buchbindereien, Stuttgart, Postscheck Sgt. 9317. Vorzugspreis für Bezieher d. „Buchb.-Anz.“ Stuttgart. Mk. 1,25 portofrei, sonst Mk. 1,65 bei Vorauszahlung.